

Die Partei der Ewiggestrigen

Auch wenn es taktische Varianten einschränkt: Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen

Michael Völker

Das bei der FPÖ Antisemiten zu Hause sind, wird niemanden überraschen. Ebenso ist hinlänglich bekannt, dass es bei den Freiheitlichen Rechtsextremisten und Rassisten gibt, dass es dort Leute gibt, die ein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus haben, die Adolf Hitler zum Geburtstag hochleben lassen, die ausgewiesene Ausländerfeinde sind.

Mit dem Streben nach Regierungsverantwortung, dem Bemühen von Parteichef Heinz-Christian Strache, sich als staatsmännischer Politiker zu geben, und nicht zuletzt mit der Kandidatur des Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer bei der Bundespräsidentenwahl hat die FPÖ versucht, die antisemitischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in den Griff zu bekommen. Funktionäre, die nicht mehr tragbar waren, wurden ausgeschlossen oder aus den vordersten Reihen zurückgenommen. Die meisten von ihnen kamen wieder. Und sie haben ihre Gesinnung kaum geändert, waren aber vorsichtiger in ihren Stellungnahmen.

Es war der Versuch, den „Narrensaum“, den diese Partei hat wie keine andere in Österreich, etwas zurechtzustutzen. Von bedauerlichen „Einzelfällen“ war die Rede. Die Liste dieser Einzelfälle ist allerdings lang und ergibt ein deutliches Bild.

Auch Jörg Haider hat immer wieder und sehr bewusst mit antisemitischen Codes gespielt. Das gehörte zum guten Ton in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, in der nach dem Krieg viele ehemalige Nationalsozialisten wieder eine politische Heimat gefunden hatten. Freilich nicht nur dort. Auch bei den Sozialdemokraten kamen viele „Ehemalige“ unter, deren Gesinnung dort eine Zeitlang weiterlebte. Erst die Auseinandersetzung mit Bundespräsident Kurt Waldheim, der für die ÖVP angetreten war, schärfte das kollektive Bewusstsein im Umgang mit der Geschichte. Am wenigsten offenbar bei der FPÖ und ihren rechten Recken.

Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Johannes Hübner, außenpolitischer Sprecher seiner Partei, fühlte sich bei einer Veranstaltung von Rechtsextremisten in Thüringen sehr sicher und unter seinesgleichen, als er den Verfassungsrechtler Hans Kelsen, Architekt der österreichischen Bundesverfassung, als „Hans Kohn“ verächtlich zu machen versuchte. Frei-

maurer, Juden, Weltverschwörung, die drohende „Umvölkung“ und „sogenannte Holocaust-Überlebende“ – Hübner, der in seiner Partei als ministrabel gilt, ließ kaum ein Versatzstück aus der braunen Mottenkiste aus, um sein einschlägiges Publikum gebührend zu unterhalten. Die Parteiführung findet nichts Anstößiges daran und gibt sich vorerst mit seiner Erklärung zufrieden: Das alles sei gar nicht antisemitisch gemeint gewesen.

Das ist nicht nur ein Problem der FPÖ. Es ist vor allem auch ein Problem für jene Parteien, die eine Koalition mit der FPÖ für eine zukunftsträchtige

Regierungsvariante halten. Christian Kern braucht den Wertekatalog der SPÖ gar nicht erst bemühen. Das geht mit sozialdemokratischen Grundsätzen und Ansprüchen nie und nimmer zusammen. Auch ÖVP-Chef Sebastian Kurz sollte noch einmal genauer hinschauen, mit wem er hier eine Wende herbeiführen will. Wenn er den Anstand seinem Machtanspruch opfert, stellt er sich auf eine Stufe mit jenen, die er in die Regierung holt. Auch wenn das die taktischen Varianten von SPÖ und ÖVP einschränkt: Mit der FPÖ ist unter diesen Umständen keine Regierung zu machen.

KOPF DES TAGES

Trumps Bruder im Geiste entfremdet sich



US-Justizminister Jeff Sessions wird von Donald Trump heftig kritisiert.

Foto: Reuters

Das just er Ziel von Donald Trumps Ärger wird, hat viele überrascht: Denn Jeff Sessions, konservativer US-Justizminister aus Alabama, hatte lange als enger Mitstreiter des US-Präsidenten gegolten. Nicht nur, dass er als erster Senator schon 2015 öffentlich Unterstützung für Trump bekannt hat – aus seinem Senatsbüro kommt auch Trump-Redenschreiber Stephen Miller.

Vielleicht ist die Entfremdung aber doch nicht so überraschend: Anders als Trump heißt es über Sessions, dass er an rechtlichen Einschätzungen festhält. Und das hat er auch getan, als er sich aus der Untersuchung zu Kontakten der Trump-Kampagne zu Russland zurückzog, wofür ihn der Präsident nun in der *New York Times* heftig schalt.

Womöglich sitzt der Ärger des Präsidenten deshalb so tief, weil er glaubte, in Sessions einen Bruder im Geiste gefunden zu haben. Schon seit 1997 gewann der heute 70-Jährige immer wieder die Senatswahlen in Alabama mit Ansagen, die aus seiner Rechtsinterpretation hervorgehen und in Stil und Inhalt jenen Trumps ähneln. Zumeist geht es gegen Immigration.

Aber auch in anderen Bereichen zeigte er derart harte Kanten, dass *Foreign Policy* wegen seiner Weltfremdheit über ihn schrieb, er sei womöglich

unter den Abgeordneten jener, der am ehesten ein getarnter Außerirdischer sei: Die gängige Interpretation des ersten Verfassungszusatzes, der Kirche und Staat trennt, hält er für „übertrieben“, die Ehe für alle lehnt er ab, ebenso Limits für Waffenbesitz. Daran, dass er in den 1990ern die Todesstrafe für Marihuana-Dealer gefordert hatte, will er sich nicht mehr erinnern.

Denn Jeff Beauregard Sessions, dessen Vornamen Kriegshelden der Südstaaten gewidmet sind, hat gelernt, dass es Sager gibt, die ihm schaden. Eine Kandidatur als Bundesrichter stoppte der Senat 1986, als bekannt wurde, dass Sessions einen weißen Bürgerrechtler „Schande für seine Rasse“ und einen schwarzen Anwalt „Boy“ genannt haben soll. Zum Ku-Klux-Klan fiel ihm ein, dass er diesen „für okay hielt, bis ich hörte, dass sie kiffen“.

„Keiner hat mehr Sinn für Humor“, klagte er im April, als er kritisiert wurde, weil er einen „Richter auf einer Pazifikinsel“ (gemeint: Hawaii) wegen dessen Entscheid gegen den Reisebann zurechtwies. Immerhin: Auch Gegner attestieren dem Sohn armer Eltern profundes Jus-Wissen. Die karge Herkunft schlägt sich in Sparsamkeit nieder. Erst nach Jahren im Senat tauschte der dreifache Vater sein klappriges Auto gegen ein neues. Manuel Escher